

Zypern

Heinz-Jürgen Axt

Es war für Zypern ein Jahr schlechter Nachrichten: Erst explodierte im Juli 2011 ein Munitionslager in einem Marinestützpunkt und zerstörte das größte Kraftwerk Zyperns. Dann zeichnete sich immer deutlicher ab, dass die Schulden- und Finanzkrise von Griechenland auf Zypern überschwappen würde. Schließlich eskalierten die Spannungen im Verhältnis zur Türkei, nachdem die Republik Zypern damit begann, Explorationsbohrungen in der östlichen Ägäis vorzunehmen, als sich die Hinweise auf umfangreiche Erdgasvorhaben verdichteten. Dass die Türkei dann noch ankündigte, sie werde während der EU-Ratspräsidentschaft Zyperns im zweiten Halbjahr 2012 die Kontakte zur EU, zumindest zur Ratspräsidentschaft einfrieren trug nicht zur Entspannung bei. Dass unter diesen Bedingungen die Verhandlungen zwischen griechischen und türkischen Zyperern keine nennenswerten Fortschritte machten, ist wenig verwunderlich.

Im Juli 2011 brach im Marinedepot „Evangelos Florakis“ nahe der Stadt Zygi ein Feuer aus, das zur Explosion von Munition führte. Diese hatte man 2009 von einem unter zyprischer Flagge fahrenden Schiff konfisziert, das auf dem Weg vom Iran nach Gaza war. Die Explosion tötete zwei Seeleute, fünf Nationalgardisten und fünf Feuerwehrleute. Das nahe gelegene Kraftwerk in Vassilikou, das größte der Insel, wurde ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen. Über den gesamten Sommer kam es wiederholt zu Stromengpässen und -ausfällen. Ob das Feuer durch eine Bombe ausgelöst wurde, wie spekuliert wurde, konnte bis heute nicht geklärt werden. Offiziell wurde ein Buschfeuer als Ursache ausgegeben.¹ Unter den Nachwirkungen der Explosion hatte nicht nur die Wirtschaft und Bevölkerung zu leiden, auch die politische Führung des Landes wurde wegen des Krisenmanagements stark kritisiert. Wegen der gesunkenen Popularität hat mittlerweile Präsident Dimitris Christofias erklärt, er werde bei den im Februar 2013 anstehenden Wahlen nicht mehr als Kandidat zur Verfügung stehen.²

Schon 2010 waren die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise für Zypern zu erkennen.³ Die Schulden erreichten 2010 einen Stand von 60,8% des Bruttoinlandsprodukts (BIP), das Budgetdefizit kam 2010 auf 5,3% des BIP. Weil auch Zypern damit die zulässigen Grenzen des Stabilitäts- und Wachstumspakts verletzt hatte, war Nikosia gezwungen, ein Konvergenzprogramm aufzulegen, um die Verschuldung zu begrenzen. Danach sollte das Defizit 2011 auf 4% des BIP gesenkt werden. 2011 war aber ein Defizit von 6,3% zu konstatieren. Der Schuldenstand stieg auf 71,6%. Das reale BIP wuchs 2011 lediglich noch um 0,5%. Das veranlasste die Ratingagenturen Zyperns Bonität herabzustufen. Im Juni 2012 stufte die Agentur „Fitch“ den Inselstaat auf „BB+“ mit negativem Ausblick herab. Anlagen in Zypern werden als spekulativ eingeschätzt, mit Ausfällen sei zu rechnen.

Zypern steht vor einem doppelten Problem: Zum einen fehlen die Mittel zur Finanzierung der zunehmenden Staatsverschuldung und zum anderen macht die starke Verflechtung

1 Vgl. Cyprus explosion knocks out island's electricity plant (<http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/cyprus/8629594/Cyprus-explosion-knocks-out-islands-electricity-plant.html#>).

2 President Christofias Will Not Seek Re-election in 2013 (<http://www.cyprusnewsreport.com/?q=node/5700>).

3 Vgl. den Bericht im letztjährigen Jahrbuch.

der zyprischen Banken mit Geldinstituten in Griechenland ernsthafte Sorge. Zypern gilt daher als der nächste Kandidat, der nach Griechenland, Irland, Portugal und Spanien unter dem Rettungsschirm der Eurozone Zuflucht suchen muss. Man geht von einem Finanzbedarf Zyperns in Höhe von rund 10 Mrd. Euro aus. Weil zyprische Staatsanleihen nicht mehr als Sicherheiten bei der Europäischen Zentralbank hinterlegt werden können, ist den Banken die Refinanzierung durch die EZB entzogen. Der Schuldenschnitt in Griechenland im Februar 2012 hat die zyprischen Banken hart getroffen. Dem Staat fehlt das Geld, um die Banken zu kapitalisieren. Die Banken aus Zypern halten immerhin rund 31 Mrd. Euro an Staatsanleihen Griechenlands. In dieser Situation hat sich Russland als Kapitalgeber angeboten. Im Dezember 2011 stellte Russland Zypern einen Kredit über 2,5 Milliarden Euro zu moderaten Zinsbedingungen von 4,5% zur Verfügung. 2012 wird über weitere Kredite verhandelt. Die zyprische Regierung bemüht sich damit auch, den Auflagen zu entgehen, die mit einer finanziellen Unterstützung durch die Europartner verbunden sind.

So wie Griechenland hat auch Zypern die Steuern erhöht. Die Mehrwertsteuer stieg von 15 auf 17%. Personaleinschnitte im öffentlichen Dienst wurden bislang nicht vorgenommen. Ungefähr jede 8. Beschäftigte ist in Zypern im öffentlichen Dienst tätig. In Griechenland ist es jeder 7., in Deutschland dagegen jeder 10. Beschäftigte. Die automatische Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung ist mittlerweile eingefroren worden. Beamte müssen statt wie bisher 0,75% ihrer Bezüge inzwischen 2,25% an die Pensionskasse abführen. Neueinstellungen im öffentlichen Dienst werden nicht mehr vorgenommen.

Dass Russland sich so stark in Zypern engagiert, könnte auch damit zu tun haben, dass das russische Unternehmen Gazprom an den vor der zyprischen Küste entdeckten Gasvorkommen interessiert ist. Im Spätsommer 2011 hatte die griechisch-zyprische Führung angekündigt, auf der Basis der 2010 mit Israel, Libanon und Ägypten erfolgten Abgrenzung der exklusiven Wirtschaftszonen in den Gewässern südlich von Zypern nach Erdöl- und Erdgas-Vorkommen zu suchen. Im September 2011 begann das Unternehmen Noble Energy im Auftrag der Regierung Zypern mit den Explorationsarbeiten. Die türkische Regierung sah darin nicht nur eine Torpedierung der laufenden bikommunalen Verhandlungen, sondern vereinbarte mit Nordzypern ebenfalls ein Abkommen zur Abgrenzung des Kontinentalsockels. Ankara ging noch weiter, indem es eine exklusive Wirtschaftszone von 200 Seemeilen reklamierte, die tief in die von Zypern und Israel vorgenommene Abgrenzung der Wirtschaftszonen hinreicht. Zur Absicherung entsandte die türkische Marine Kanonenboote und mobilisierte die Republik Zypern die Nationalgarde, womit die Spannungen zunahmen. Vorerst scheint die Gefahr einer militärischen Konfrontation gebannt. Die EU und vor allem die USA haben deutlich scharf reagiert – schließlich handelt es sich bei Noble Energy um ein US-amerikanisches Unternehmen.

Die türkisch-zyprischen Spannungen sind aber keineswegs beigelegt. Im Gegenteil, am 19. Juni 2011 verkündete der türkische Premierminister Erdogan, die Kontakte zur EU-Ratspräsidentschaft Zyperns zu unterbrechen, sollte es bis Ende Juni 2012 keine Fortschritte bei der Lösung der Zypernfrage geben. Bei den 2008 aufgenommenen Verhandlungen zwischen griechischen und türkischen Zypern sind keine substantziellen Fortschritte erkennbar.

Weiterführende Literatur

Friedrich-Ebert-Stiftung, Zypern-Nachrichten, Nr. 1/Juli 2012.

Ker-Lindsay, James: *The Cyprus Problem: What everyone Needs to Know*, Oxford 2011.

Seufert, Günter: *Die türkische Zypernpolitik im Kontext der EU-Ratspräsidentschaft Nikosias*, SWP-Aktuell, Juli 2012.